

„Die Ölkonzerne brauchen ein Klima der Angst“

SPD-Präsidiumsmitglied Erhard Eppler über Energiekrise und Sparmaßnahmen

SPIEGEL: Herr Eppler, Sie haben für Ihre Partei ein „Alternativ-Szenarium“ verfaßt, das die Energieprobleme durch vermehrtes Energiesparen lösen will. Ist das neue Eppler-Papier eine Gegenposition zum forschen Kernkraft-Kurs des Kanzlers?

EPPLER: Ich verstehe dieses Szenarium nicht als politisches Programm, wohl aber als die theoretische Fundierung für ein mögliches — von der Partei zu beschließendes — Energieprogramm. Ich wollte, natürlich mit Hilfe von Wissenschaftlern, nachweisen, daß man sogar dann, wenn viele mögliche Sparmaßnahmen nicht realisiert werden, trotzdem zu einer Abflachung der Stromzuwachsrate kommen kann, die einen Zubau weiterer Atomkraftwerke bis ins Jahr 2000 und wohl auch darüber hinaus erübrigt.

SPIEGEL: Haben Sie denn mit Ihrem Kanzler schon mal darüber geredet?

EPPLER: Wir haben im Präsidium und im Vorstand — auch Helmut Schmidt und ich — mehr als einmal über Fragen der Energiepolitik gesprochen. Auf dieses Szenarium habe ich noch keine Reaktion des Kanzlers.

SPIEGEL: Wann werden Sie denn mit dem Kanzler über Ihr Sparprogramm diskutieren?

EPPLER: Ich habe darum gebeten, daß in einer der nächsten Präsidiumssitzungen — also im engsten Kreis — über Energiepolitik gesprochen wird, und dieser Bitte ist entsprochen worden.

SPIEGEL: Von Schmidt?

EPPLER: Helmut Schmidt setzt nicht die Tagesordnung des Präsidiums fest, sondern Willy Brandt — möglicherweise nach Rücksprache mit Helmut Schmidt.

SPIEGEL: Ihr Szenarium setzt doch eine andere Energiepolitik voraus als die offizielle Kanzlerlinie.

EPPLER: Ich empfinde dieses Szenarium als theoretische Grundlage für eine Energiepolitik, die in der Tat nicht dem entspricht, was der Kanzler offenbar an verschiedenen Stellen im Laufe der letzten Wochen vorgetragen hat.

SPIEGEL: Wenn hier die Ölpreise explodieren, wenn die Prognosen für die Zukunft düsterer werden und Politiker wie Schmidt, Forschungsminister Volker Hauff und Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff immer häufiger von Kriegsgefahr wegen Energieman-



Eppler (M.) beim SPIEGEL-Gespräch*: „Dann schreiben die Jungen die SPD ab“

gels reden, genügt es dann eigentlich, noch theoretische Grundlagen für ein Konzept vorzulegen? Müssen jetzt nicht wirklich realistische, auf die Praxis bezogene Vorschläge auf den Tisch?

EPPLER: Glauben Sie im Ernst, daß das Reden über einen möglichen Ölkrieg praxisbezogen ist? Ich möchte nicht die eine Angst mit der anderen Angst austreiben: die Angst vor dem Atom durch die Angst vor dem Ölkrieg oder gar vor dem Abschmelzen der Nordpolkappen. Ich will deutlich machen, daß wir, wenn wir nur politisch wollen, unsere Energieversorgung auf längere Sicht sicherstellen können, ohne unseren Ölverbrauch zu steigern — er kann sogar deutlich gesenkt werden — und ohne unser Land mit Atomkraftwerken vollzuplastern.

SPIEGEL: Bei der Beurteilung der Kriegsgefahr befindet sich der SPD-Landespolitiker Eppler im offenen Gegensatz zu Weltpolitikern wie US-Präsident Jimmy Carter und dem deutschen Kanzler.

EPPLER: Wenn das so wäre, müßte ich's mit der gebührenden Zerknirschung ertragen. Aber mir geht es nicht

um die Frage, ob eine solche Gefahr besteht oder nicht, sondern ob es gut ist, über eine solche Gefahr jetzt zu sprechen. Nach meinem Eindruck brauchen die Ölkonzerne, um ihre Preise und damit ihre Gewinne durchzusetzen, ein Klima der Panik und der Angst. Und alles, was dieses Klima mit erzeugt, kommt ihnen zugute.

SPIEGEL: Meinen Sie denn, daß Sie mit Ihrer Studie Kernkraftgegner, die aus dem sozialdemokratischen Lager zu den Grünen abdriften, wieder einfangen können?

EPPLER: Es gibt prinzipielle Gegner von Atomkraft innerhalb und außerhalb der SPD. Ich denke vor allem an die innerhalb unserer Partei, und ich möchte gerne die Diskussion bei uns aus der, wie mir scheint, falschen Alternative herausführen: entweder Atomkraftwerke oder die Räder stehen still. Ich möchte gerne einen Glaubenskrieg verhindern. Wenn ein Teil der Öffentlichkeit und der Partei überzeugt ist, wenn wir Atomkraftwerke bauen, gehen wir alle vor die Hunde, und der andere Teil meint, wenn wir keine Atomkraftwerke bauen, gehen wir alle vor die Hunde...

SPIEGEL: ... so wie der Kanzler...

* Im Bonner SPIEGEL-Büro mit Redakteuren Klaus Wirtgen, Wolfram Bickerich.

EPPLER: Ich weiß nicht, ob das seine Meinung ist; aber wenn es zu einer solchen Konfrontation käme, so wäre dies eine der schlimmsten Belastungsproben, die unsere Partei in 116 Jahren hinter sich gebracht hat, und ich möchte gerne dem entgegenwirken.

SPIEGEL: Vielleicht unterlassen Sie es nur, den Leuten klipp und klar mögliche Folgen aufzuzeigen, während andere Politiker das tun.

EPPLER: Dann sagen Sie mir bitte, welche möglichen Folgen ich unterschlagen habe.

SPIEGEL: Die Möglichkeiten des Krieges und schwerer sozialer Verteilungskämpfe.

EPPLER: Ein Krieg um Öl hat mit dem Bau von Atomkraftwerken nichts zu tun. Wenn wir heute neue Atomkraftwerke beschließen würden, könnten die Ende der 80er Jahre ans Netz gehen. Außerdem hat mir noch niemand wirklich klargemacht, wie man über Atomstrom im größeren Umfang Öl einsparen kann.

SPIEGEL: Der Bundeskanzler hat das doch im Parteivorstand ganz einfach erklärt. Er sagte, daß demnächst die Autos mit Batterien fahren und diese Batterien über die Steckdose gespeist werden müssen.

EPPLER: Das ist in der Tat gegenwärtig nicht meine Sorge.

SPIEGEL: Aber originell.

EPPLER: Wenn man wirklich der Meinung sein sollte, daß die eigentliche Gefahr für die Menschheit nicht im atomaren Müll, der ja Jahrtausende gefährlich bleibt, nicht in denkbaren Atomkriegen liegt, die sich aus der Verbreitung der Kernenergie über die ganze Welt ergeben könnten, wenn man wirklich der Meinung ist, daß die eigentliche Gefahr in einem allzu großen Gehalt an Kohlendioxid in der Luft...

SPIEGEL: ... wegen der Kohlekraftwerke...

EPPLER: ... besteht, dann müßte zum Beispiel unsere Verkehrspolitik völlig anders aussehen. Dann müßten wir nicht darüber reden, wie wir im Jahr 2010 elektrische Autos aufladen, sondern darüber, wie wir Güter von der Straße auf die Schiene bringen, wie wir den öffentlichen Personennahverkehr wieder attraktiv machen. Dann müßten wir dafür sorgen, daß die Leute eben nicht mehr mit 15 Litern auf 100 Kilometer fahren, sondern — wie ich das jetzt mit meinem „Passat“-Diesel mache — mit sechs Litern pro 100 Kilometer.

SPIEGEL: Die Priorität liegt also künftig bei Sparmaßnahmen?

EPPLER: Nach meinem Eindruck ist die Regierung inzwischen selbst überzeugt, daß auf diesem Gebiet noch zu wenig getan wurde.

SPIEGEL: Was könnten die Bonner konkret tun?

EPPLER: Wenn wir endlich einmal dazu kämen, die Kfz-Steuer aufs Benzin umzulegen, wird das Halten eines Wagens billiger, das Fahren teurer. Wichtiger aber ist, daß daraus ein Anreiz für die Automobilindustrie entstehen kann, Wagen zu konstruieren, die möglicherweise mit der Hälfte des heute benötigten Sprits auskommen.

SPIEGEL: Die FDP will das und der SPD-Finanzminister auch. An wem liegt's denn?

EPPLER: Offenbar an Verklemmungen zwischen Bund und Ländern, und es liegt auch an einer gewissen Ängstlichkeit, die auf dem ganzen Gebiet der Verkehrspolitik sichtbar ist.

SPIEGEL: Bei wem? Beim Kanzler oder beim Verkehrsminister?

umlegen, so zahlt der Normalverbraucher soviel wie vorher auch.

SPIEGEL: Aber wenn er mehr fahren will, muß er mehr zahlen.

EPPLER: In der Tat. Man kann auch den Grundpreis der Stromtarife reduzieren oder abschaffen und Schluß machen mit dem Widersinn, hohen Stromverbrauch zu belohnen.

SPIEGEL: ... dann haben wir das Problem der kinderreichen Familien.

EPPLER: Ich weiß. Aber die Gefahren von Harrisburg stehen doch überhaupt in keinem Verhältnis zu dem lächerlichen Problem, das Kindergeld um fünf Mark zu erhöhen. Ich sehe in der ganzen Energiepolitik einen schrecklichen Zwiespalt zwischen in der Tat gewaltigen Problemen.



Epplers Energiesparprogramm

Stuttgarter Zeitung

EPPLER: Ich meine den zuständigen Minister. Es gibt viele relativ einfache Dinge, mit denen man Energie einsparen kann, und zwar viel leichter als durch den Versuch, Öl durch Atomstrom zu ersetzen. Solange wir uns etwa den Luxus erlauben, daß große Brummer heute unsere Straßen kaputtfahren, die dann die Steuerzahler zu reparieren haben, und die Bundesbahn ruinieren, für deren rote Zahlen der Steuerzahler auch noch aufzukommen hat, und gleichzeitig eine Menge Öl verbrauchen, was den CO₂-Gehalt der Luft sehr unmittelbar erhöht — solange wir dies einfach gottergeben hinnehmen, brauchen wir nach Aufgaben nicht zu suchen.

SPIEGEL: Wir brauchen also eine neue Politik des unmittelbaren Zwangs?

EPPLER: Ich wehre mich gegen die Alternative: Freiwilligkeit oder Zwang. Wenn Sie die Kfz-Steuer aufs Benzin

SPIEGEL: Die Maßnahmen haben sich bisher auf Druck und Verteilung von Prospekten beschränkt. Andererseits sieht man an der sogenannten Richtgeschwindigkeit 130, an die sich keiner hält, daß man an Zwangsmaßnahmen nicht vorbeikommt.

EPPLER: Ich bin seit langem für eine Geschwindigkeitsbegrenzung. Dabei geht es nicht nur um Benzineinsparungen. Es geht auch um Menschenleben, es geht um Schwerverletzte und Verkrüppelte. Außerdem könnten wir die Landschaft stärker vor den Straßenbauern schützen. Die Orgien in Beton, die wir heute sehen, hängen damit zusammen, daß man von enorm hohen Geschwindigkeiten ausgeht. Ein Tempolimit könnte auch dazu führen, daß größere Strecken wieder mehr mit der Bahn zurückgelegt werden.

SPIEGEL: Was wäre denn Ihr bevorzugtes Limit, 100 oder 130?

EPPLER: Ich würde zunächst mit 130 anfangen.

SPIEGEL: Aber das bringt nur 0,5 Prozent Benzinersparnis, Tempo 100 hilft fünf Prozent einsparen.

EPPLER: Mir geht es darum, ein Zeichen zu setzen. Sprit einsparen kann man mit anderen Motoren bis zu 50 Prozent.

SPIEGEL: Wollen Sie noch mehr verbieten?

EPPLER: Den Einbau elektrischer Heizungen würde ich verhindern. Dazu gibt es viele Mittel. Wenn ein Stromversorgungsunternehmen den Kunden, die elektrisch heizen, bisher einen Bonus gibt, kann es künftig genauso gut einen Malus fordern. Ich wehre mich gegen die Vorstellung, man müßte erst das gesamte System umkrempeln, ehe man etwas tun kann.

SPIEGEL: Die Bundesregierung, scheint uns, ändert gerade ihre Taktik. Hat sie früher nur an die Freiwilligkeit appelliert, so droht sie jetzt mit dem Horrorsück des Ölkrieges.

EPPLER: Ich glaube, daß die Regierung, die in den letzten Monaten auch — wie wir alle — wieder einiges hinzulernen mußte, sich diesmal nicht mit moralischen Appellen begnügen wird. Das letzte Energiesparprogramm war im Prinzip schon ausgezeichnet. Man hat die Heizölsteuer erhöht und gleichzeitig Finanzhilfen für Wärmedämmung gegeben. Das war goldrichtig. Wir brauchen nur eine ganze Menge solcher neuer Ansätze.

SPIEGEL: Haben Sie denn aus Ihrem Szenarium für sich schon Konsequenzen gezogen?

EPPLER: Ich habe mir einen Sonnen-Kollektor aufs Dach machen lassen.

SPIEGEL: Wird's denn auch warm drinnen?

EPPLER: O ja, der spart mir viel Öl.

SPIEGEL: Wieviel Öl?

EPPLER: Ich habe noch keine Abrechnung gemacht, wir verbrauchen von Mai bis Oktober/November kein Öl und nur wenig Strom für die Wärmepumpe. Ich habe einen großen Tank, der Wärme speichert, die notfalls von der Wärmepumpe auf die gewünschte Temperatur gebracht wird.

SPIEGEL: Haben Sie das beim Patentamt angemeldet?

EPPLER: Nein. Ich will damit nur sagen: Es nützt. Ich fahre mit meinem Dienstwagen heute viel weniger und mehr mit dem Zug. Es gibt viele Möglichkeiten, Energie zu sparen und dabei nicht schlechter, sondern besser zu leben.

SPIEGEL: Wenn Sie in Ihrer Partei einen Glaubenskrieg ums Atom verhindern wollen, wo ist Ihre Kompromißlinie? Kommt es nicht auf dem Bundes-

parteitag in Berlin im Dezember für alle Sozialdemokraten zu der Alternative Schmidt oder Eppler?

EPPLER: Dies würde ich sehr bedauern, wie ich überhaupt die Personalisierung solcher Konflikte bedaure.

SPIEGEL: Das war fürs Protokoll.

EPPLER: In der Tat geht es darum, ob wir der Meinung sind, daß das bereits bestehende Moratorium für den Bau von Atomkraftwerken — es gibt seit zwei Jahren ein faktisches Moratorium für Baugenehmigungen — noch einige Jahre weiterlaufen soll, damit wir uns klarwerden können, ob die Option, ohne Atomenergie auszukommen, sich öffnen läßt. Ich bin der Überzeugung, daß sie sich öffnen läßt.



Eppler-Haus mit Sonnen-Kollektor: „Noch keine Abrechnung gemacht“

SPIEGEL: Schmidt meint das Gegenteil. Mithin kommt es zu der Entscheidung: Eppler oder Schmidt.

EPPLER: Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß es zu Kampfabstimmungen kommt. Aber ist das eigentlich so schlimm, wenn in einer Partei über Sachfragen abgestimmt wird?

SPIEGEL: Soweit es sich um Sachfragen handelt, macht es ja nichts. Wenn mit der Sachfrage aber gleichzeitig die Rücktrittsdrohung von Schmidt verbunden ist, dann wird es brisant.

EPPLER: Ich habe die Äußerungen, die ich vom Kanzler kenne, so nicht gedeutet. Auch der Antrag, den wir als SPD-Vorstand in Baden-Württemberg dem Landesparteitag vorlegen, fordert nicht: endgültig Schluß mit der Atomenergie. Es gibt nur keinen Anlaß, neue Baugenehmigungen zu erteilen. Denn die Entsorgung war noch nie so ungesichert und ungeklärt wie heute, und die

Überkapazitäten sind noch so groß, daß es überhaupt kein Problem ist, bis zur Mitte des nächsten Jahrzehnts zusätzlichen Bedarf über Kohlekraftwerke zu decken. Insofern knüpfen wir an den Hamburger SPD-Parteitagebschluß zur Energiepolitik an.

SPIEGEL: Der Kanzler ist anderer Meinung. Sind Sie sich darüber klar, daß Sie mit der Kritik an der Energiepolitik Schmidts der CDU das erschte Wahlkampfthema für die nächste Bundestagswahl und schon vorher für die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen liefern?

EPPLER: Ich habe überhaupt nicht den Eindruck, daß ich mit dem, was dem Landesparteitag vorliegt, den

Kanzler herausgefordert hätte. Ich gestehe, daß einige Äußerungen, die vom Kanzler kolportiert werden, von manchen in der Partei auch als Herausforderung verstanden worden sind.

SPIEGEL: Meinen Sie, daß es nach Schmidts Ansicht nicht genügt, wenn Sie mit dem Fahrrad ins Büro fahren?

EPPLER: Ich nehme mich nicht ganz so ernst, wie Sie glauben. Übrigens fahre ich nicht mit dem Fahrrad ins Büro, sondern mit dem Zug oder der Straßenbahn.

SPIEGEL: Wie stark schätzen Sie denn innerhalb der gesamten Partei das Lager der Atomskeptiker und -gegner ein, die Ihre Position teilen?

EPPLER: Wenn heute unter den Delegierten abgestimmt würde, würde ich das Rennen für völlig offen halten und eher annehmen, daß ein Beschluß die Mehrheit bekäme, für die nächsten vier



Umweltschützer Eppler*
„Ich eigne mich nicht zum Feigenblatt“

Jahre keine neuen Baugenehmigungen zu erteilen.

SPIEGEL: Die FDP hat auf ihrem Parteitag anders abgestimmt.

EPPLER: Die Wahrscheinlichkeit, daß wir in den nächsten Jahren einen großen Zubau von Atomkraftwerken bekommen, ist so und so gering. Eine Energieplanung, die darauf baut, war bisher unrealistisch, weil ja gar nicht gebaut wurde, was man vorhatte, und sie wird zukünftig auch unrealistisch sein. Glücklicherweise waren die Bedarfsprognosen ebenso unrealistisch.

SPIEGEL: Herbert Wehner hat jetzt davor gewarnt, „mit so schwierigen Fragen wie der Kernenergie zu spielen“. Die Wehner-Worte übersetzt: Sie stellen die Regierungsfähigkeit der SPD in Frage.

EPPLER: So wie ich Herbert Wehner kenne, traue ich ihm nicht zu, daß er etwa die Hälfte der Partei mit einem Denkverbot belegen will...

SPIEGEL: ... aber klarmachen, wie sie zu denken hat.

EPPLER: Was im Augenblick, besonders bei jüngeren Menschen, vor sich geht und was sich unter anderem, aber nicht nur in der Haltung zur Atomenergie äußert, ist ein elementarer Bewußtseinswandel. Vor wenigen Jahren war kaum jemand gegen Atomkraftwerke. Jetzt kann keine politische Taktik — weder die von Herbert Wehner noch die von Helmut Schmidt noch die von Erhard Eppler — dieses Thema unter den Teppich kehren.

SPIEGEL: Der Kanzler versucht es.

* In seinem Garten, in dem nur Gemüse ohne Kunstdünger und Pflanzenschutzmittel angebaut wird.

EPPLER: Die Frage ist, ob es der großen linken Volkspartei gelingen kann, sich so auf diesen elementaren Bewußtseinswandel einer ganzen Generation einzustellen, daß sie mehrheits- und regierungsfähig bleibt. Wenn uns dies nicht gelingt, wird es in den 80er Jahren keine Mehrheiten links vom Zentrum mehr geben, die sich etwa aus Sozial- und Freien Demokraten zusammensetzen. Insofern geht es mir genau wie Wehner um die Erhaltung unserer Regierungsfähigkeit. Es könnte sein, daß wir in den Wegen differieren.

SPIEGEL: Was, wenn die Koalition die Protestwähler und Atomgegner nicht einbindet?

EPPLER: Wenn bei der nächsten Wahl die Grünen drei oder vier Prozent bekämen oder wenn gar die FDP unter die 5-Prozent-Grenze rutschen würde, dann könnte Strauß möglicherweise mit 45 Prozent der Stimmen regieren.

SPIEGEL: Und dieser Gefahr wollen Sie glaubhaft begegnen — mit Helmut Schmidt als Spitzenkandidat und Erhard Eppler als Feigenblatt?

EPPLER: Dazu eigne ich mich nicht. Ich weiß nicht, wie weit es noch gelingen kann, diese vielen jungen Leute, von denen ich etwa 50 000 jetzt auf dem Kirchentag in Nürnberg wieder begegnet bin...

SPIEGEL: ... die Ihnen zugejubelt haben.

EPPLER: Das ist übertrieben, aber nicht ganz falsch. Ich bin — das ist fast eine Confessio — aus Nürnberg nicht ganz als derselbe zurückgekommen, als der ich hingegangen bin. Ich habe erlebt, daß diese Generation nicht mehr rebellisch ist, sehr gut kritisch, geduldig zuhört, sauber diskutiert, eigentlich vertrauen möchte, aber nicht kann. Sie hält nicht jeden, der da kommt, zuerst einmal für einen Idioten oder Scheiß-Liberalen, sondern versucht, irgendwo ihr Vertrauen festzumachen. Aber sie weiß nicht so recht, wo.

Mit der Konkurrenz- und Wachstumsgesellschaft hat sie aber gebrochen. Und nun ist mir auf eine beängstigende und beklemmende Weise klargeworden, wie stark die auf mich setzen möchten. Mich hat das natürlich gefreut, aber zuerst einmal schockiert.

SPIEGEL: Warum?

EPPLER: Insofern, als damit mein politischer Manövrierraum, etwa in bezug auf Kompromisse, eingeschränkt ist. Denn wenn diese Jungen solche Leute wie mich auch noch abschreiben, dann schreiben sie die SPD ab und ein Stück Demokratie. Diejenigen, auf die viele junge Leute dieser Art setzen, dürfen sich nicht unterbuttern lassen. Das liegt auch im Interesse der Partei.

SPIEGEL: Herr Eppler, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

GENSCHER-REISE

Nur Windiges

Die Libyen-Reise des Außenministers wurde als Erfolg gefeiert. Erreicht hat er nichts.

Als Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher nach seiner Rückkehr aus Libyen am letzten Mittwoch die Nachrichten in den Zeitungen und am Bildschirm studierte, erfüllte ihn Stolz über den gelungenen Coup.

„Genscher kauft Öl“, ließ das „Hamburger Abendblatt“ seine Leser wissen, die sonst so wenig Tröstliches über Energie-Krise und Benzin-Preise erfahren hatten; und im Zweiten Deutschen Fernsehen vermeldete Hans-Joachim Reiche als „politische Überraschung“, daß der Wüstenstaat gar „ohne Bedingungen“ liefern werde.

Die Medien vermittelten ein Bild nach des Staatsmannes Geschmack: Nur ganz kurz weg, aber dann immer voll da — ein Mann, der in der Welt das Beste herausholt, gegen hartnäckigen Widerstand und in zähen Verhandlungen mit ausgekochten Ölerpressern.

Mit großer Delegation reiste er an, mit einem Bataillon Wirtschaftsführern an Bord der Boeing 707 („Alles was gut und teuer ist“, so ein AA-Mann). Staatschef Oberst Gaddafi — erster Triumph — nahm sich neunzig Minuten Zeit für den Deutschen, obwohl doch am Morgen die Mutter gestorben war. „Wie ein Staatsoberhaupt“ sei er empfangen worden, schwärmte der Außenminister.

Und zurück in Bonn schwärmte Pressesprecher Jürgen Sudhoff gleich



Genscher sein Milieu

tz, München